



Hans Raidel

Mitglied des Deutschen Bundestages

11011 Berlin
Platz der Republik 1
Telefon: 030 / 227-77990
Telefax: 030 / 227-76990
eMail: hans.raidel@bundestag.de
Internet: www.hans-raidel.de

86732 Oettingen
Lessingstrasse 1
Tel.: 09082/4383

Berlin, den 30. September 2008

Europa – wo bleibt Deine neue Sicherheitsstrategie?

Über Jahrzehnte hinweg war die sicherheitspolitische Strategie der Nordatlantischen Allianz (NATO) und der Europäischen Union (EU) aktiv und reaktiv maßgeblich von Deutschland beeinflusst. Dies lag einerseits daran, dass sich unser Land während des Kalten Krieges an der Nahtstelle der beiden militärischen Blöcke befand und damit zugleich Subjekt und Objekt der Militärpolitik war. Andererseits kam Deutschland die gezielte Abstinenz unseres Nachbarn Frankreich von der militärischen Integration der NATO zugute, so dass es seinen Einfluss beträchtlich steigern konnte.

Die alte Ordnung ist Vergangenheit

Seit Beginn der 1990er Jahre ist der Kalte Krieg mit seiner eindimensionalen, rationalen Bedrohung Geschichte. Dennoch hat man nicht das Gefühl, dass Europa auf dem Weg zu einer neuen, den aktuellen und künftigen Herausforderungen angemessenen, sicherheitspolitischen Konzeption substantiell vorangekommen ist. Meinungsdifferenzen, nationale Egoismen und europakritische Haltungen – beispielhaft sind die gescheiterten Referenden zum Verfassungs-/Reformvertrag in Frankreich, Irland und den Niederlanden, aber auch kritische Stimmen aus Tschechien und Polen zu nennen – zeigen einmal mehr, dass Europa noch weit von einer echten politischen Einheit und einem Zustand innerer Harmonie entfernt ist.

Das so oft bemühte Argument, dass die USA alles daran setzen, um zu verhindern, dass Europa zu einem politisch einflussreichen Akteur auf der Weltbühne wird, verliert allmählich an Überzeugungskraft. Nach Jahren kritischer Kommentare unserer transatlantischen Freunde zur eigenständigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik scheint das Misstrauen inzwischen überwunden zu sein. Washington steht einem stärkeren politischen und militärischen Engagement Europas heute weitaus aufgeschlossener gegenüber als noch vor einer Dekade, als man das gewachsene europäische Selbstbewusstsein vor allem als Bedrohung für die Kohäsion der NATO

wertete. Dabei ist unerheblich, ob diese neu gewonnene Einsicht jenseits des Atlantiks aus innerer Überzeugung oder nur aus der inzwischen schmerzlich erfahrenen Überdehnung der eigenen Kapazitäten und Kräfte entstanden ist.

Die Problemlösungen der Zukunft verlangen neue Ansätze

Welches sind die Herausforderungen, vor denen Europa steht? Zunächst ist ein psychologisches Problem zu nennen, das nicht unterschätzt werden darf: Europa – in Zeiten des Ost-West-Konflikts demokratisches Bollwerk gegen den Kommunismus – hat nach Ende der ‚Konfrontation der Blöcke‘ für die USA sicherheitspolitisch an Bedeutung verloren. Die einem Automatismus folgende Logik, nach der die USA sich allein aus ökonomischen Gründen kaum von Europa abwenden können, ist auf dem alten Kontinent noch immer verbreitet. Angesichts aufstrebender neuer Akteure wie China oder Indien und eines auf die weltpolitische Bühne zurückstrebenden Russland verschiebt sich der sicherheitspolitische Fokus jedoch langsam nach Asien, ob Europa es will oder nicht! Dabei spielen die Reformunfähigkeit der auf materielle Sicherheit fixierten und tendenziell pazifistischen Gesellschaften in Europa, das wirtschaftliche Wachstum vieler asiatischer Staaten und die bei jüngeren US-Politikern zunehmend schwindende Europazentriertheit eine bedeutende Rolle. Europa tut sich schwer damit, diese unabweisbaren Realitäten zu akzeptieren.

Zu diesem psychologischen Grundproblem treten reale Herausforderungen hinzu, von denen viele schwer prognostizierbar sind. Außerdem können lokale Konflikte rasch eine überregionale, ja globale Dimension erreichen. Unter den Risiken, mit denen wir uns heute konfrontiert sehen, ragen 10 ganz besonders heraus:

(1) die demografische Entwicklung einer überalterten, kinderarmen Gesellschaft mit ihren Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme, (2) der globale Klimawandel mit Existenz bedrohenden Gefahren, (3) die zunehmend als politische Waffe eingesetzte Energiesicherheit, (4) die Flucht weiter Teile der Weltbevölkerung aus der Realität in religiöse Ersatzideologien, (5) der Bedeutungsverlust der Nationalstaaten und transnationalen Organisationen, (6) die vorwiegend sozialen Folgen der Globalisierung, die von der Bevölkerung als Bedrohung empfunden werden, (7) weltweite Migration als Folge von Perspektivlosigkeit ganzer Gesellschaften, (8) der Kampf um Ressourcen wie Wasser und Rohstoffe, (9) die wachsende Privatisierung von Gewalt bei erodierendem Gewaltmonopol der Nationalstaaten, und (10) vor allem die asymmetrischen Gefahren des internationalen Terrorismus, der organisierten Kriminalität und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Hinzu kommt, dass die Herausforderungen der Zukunft nicht mehr – wie jahrzehntelang erprobt – im nationalstaatlichen Alleingang oder durch ‚Stellvertreter‘ bewältigt werden

können, sondern nur gemeinschaftlich. Doch Gemeinsamkeit braucht mehr als Beschwörungsformeln. Was sich Europa Mitte der 1990er Jahre bei den gewaltsamen Eruptionen auf dem Balkan an Zerstrittenheit leistete, war beschämend und sollte eigentlich zu der Erkenntnis geführt haben, dass derartiges nie wieder geschehen darf. Stattdessen wiederholen sich die gleichen Reflexe inzwischen in Afghanistan. Auf jedem Gipfel machen die Staatschefs Zusagen, die, kaum dass die Flugzeuge in die Heimat gestartet sind, wieder vergessen sind. Jeder versucht dem anderen die Verantwortung für die Misere zuzuschieben. Europas Zustand ist alles andere als positiv und die Lernfähigkeit der Europäer scheint offenbar begrenzt zu sein.

Ein neues und besonders delikates Phänomen nicht-militärischer Bedrohung ist politische Pressure mit Energieressourcen. Vor allem das wieder erstarkte Russland ist geneigt, dieses Druckmittel einzusetzen, um seine Macht zu demonstrieren. Die Reaktion darauf muss differenzierte Maßnahmen umfassen, eventuell mit politischem Gegendruck auf Gebieten, wo es dem anderen weh tut. Der Austausch politischen Kapitals ist heute überzeugender als eine wie auch immer geartete militärische Antwort, wie sie in der Vergangenheit üblich war. Wichtig ist auch hier vor allem die Entschlossenheit, sich möglichst gemeinsam gegen diese Bedrohung aufzulehnen.

Frankreich – auf dem Weg zurück in die Militärstruktur der NATO?

Frankreich kommt bei der Gestaltung der Zukunft Europas und der NATO eine wichtige Rolle zu. In den vergangenen 40 Jahren hat die französische Abstinenz von der militärischen Integration die NATO eher geschwächt. Bei allem Respekt für nationalstaatliche Motive: Die in Paris geäußerte Kritik an der US-Dominanz war oft genug Folge der eigenen (begründeten) Verweigerungspolitik. Hat Paris nicht selbst oft genug die den USA unterstellte Egozentriertheit angewendet, z.B. bei der europäischen Rüstungskoooperation, die man am liebsten unter französischer Führerschaft etabliert hätte, oder bei der Airbus-Misere, wo man mit Kritik am deutschen Management – ob berechtigt oder nicht – von eigenen Schwächen abzulenken suchte? Das Umdenken Frankreichs bezüglich seiner künftigen Rolle in der NATO ist zu begrüßen.

Doch auch für Frankreich gilt, was bereits für Europa gesagt wurde. Versprechungen helfen nur weiter, wenn sie auch umgesetzt werden. Präsident Sarkozy hat in wenigen Monaten zahlreiche Ideen entwickelt und der verkrusteten europäischen Sicherheitspolitik neuen Elan verliehen. Es ist zu erwarten, dass die Ratspräsidentschaft neue Initiativen hervorbringen wird. Die Rückkehr in die integrierte Militärstruktur, die Bereitstellung eines weiteren Bataillons im Osten Afghanistans oder die Gründung einer Mittelmeerunion – zunächst sind es mutige Worte, die ihre Nagelprobe erst noch bestehen müssen. Ich hoffe, dass Paris es diesmal ernst meint.

Nordatlantische Allianz oder Europäische Union?

In Zeiten der mehrdimensionalen und irrationalen asymmetrischen Bedrohungen sind Gefahren weniger berechenbar geworden; sie sind zudem allgegenwärtig, da Terrorakte überall und zu jeder Zeit verübt werden können. Dies hat zu einer allgemeinen, diffusen Verunsicherung unter den Menschen geführt, auf die wir überzeugende Antworten geben müssen. Bei aller Unterschiedlichkeit der strategischen Ansätze ist dabei eines weitgehend unstrittig – wir können den Gefahren nur gemeinsam mit einem Mix aus militärischen und nicht-militärischen Maßnahmen begegnen. Wie also muss die neue Sicherheitsstrategie im 21. Jahrhundert aussehen? Wo stehen wir heute, wo müssen wir weiter optimieren? Betrachten wir zunächst die Defizite.

Die internationalen Organisationen wie NATO, EU, Vereinte Nationen (UNO) und Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) haben ihren spezifischen Wert hinreichend bewiesen, doch mangelt es an Kooperationsverfahren, Entscheidungsstrukturen und Durchführungsmechanismen. Zudem sind UNO und OSZE derart multinational, dass Entscheidungen kaum möglich sind. Auch EU und NATO mit 27 bzw. 26 Mitgliedstaaten sind zu Konsensbeschlüssen kaum noch fähig. Zudem herrscht in der EU eine auffällige Zurückhaltung, den Bürgern die Notwendigkeit militärischer Kampfeinsätze zu erklären. Die Armeen der Nationalstaaten haben Fähigkeiten, die noch allzu oft auf frühere Bedrohungen zugeschnitten und kaum durchhaltefähig sind. Politiker formulieren oft unerreichbare Ziele und inadäquate Zielerreichungsstrategien, bestehen aber auf nationalen Einsatzvorbehalten, die den Einsatz der Armeen einschränken und zögern bei Gefahr mit präemptiven Einsätzen. Dieses Konglomerat an Defiziten ähnelt verdächtig der Quadratur eines Kreises.

Die Kernfrage liegt auf der Hand: Können wir uns zwei Militärbündnisse (NATO, EU) angesichts knapper werdender Ressourcen überhaupt leisten? Die Antwort ist für mich klar: Nein! Die NATO hat fast 60 Jahre Erfahrung bei der Lösung sicherheitspolitischer Probleme, während die EU im gleichen Zeitraum allenfalls einen Rekord an ‚Pleiten, Pech und Pannen‘ aufweist – beginnend mit der gescheiterten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bis zum gnadenlosen Versagen während der Balkankriege in den 1990er Jahren. Der Grund für die Erfolge der NATO und die Misserfolge der EU ist so einfach wie einleuchtend: Sicherheitspolitik in und für Europa ist ohne die dirigierende Hand einer starken USA nicht möglich. Eine europäische Führungsmacht wird jedoch keine Chance auf Akzeptanz haben. Nur wenn auch Paris diese Realität anzuerkennen bereit ist, ist der Weg zu einem echten Durchbruch in der europäischen Sicherheitspolitik möglich, und der kann nur heißen: ‚NATO first‘!

Zudem kommt die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) nur mühsam auf die Beine. Sie ist ein noch junges Projekt, dessen Ziel die Stärkung der äußeren Handlungsfähigkeit der EU durch Aufbau ziviler und militärischer Fähigkeiten zur

internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung ist. Aber der militärische Teil der EU erweist sich zunehmend als Irrweg. Die EU sollte sich deshalb auf ihre Kernaufgabe der wirtschaftlichen Ressourcensicherung konzentrieren und ihre militärische Aufgabe vorrangig darin sehen, die NATO im Rahmen einer ‚Koalition der Willigen‘ sinnvoll zu ergänzen und auf eigenständige Operationen zu verzichten. Hierzu böte sich an, das im September 2004 in Nordwijk begründete Projekt einer europäischen Gendarmerie wiederzubeleben, um die Streitkräfte in Afghanistan, auf dem Balkan und auch im Mittelmeer von nicht-militärischen Aufgaben zu entlasten.

Doch auch die NATO – die einzig funktionierende multinationale, transatlantische Sicherheitsorganisation – ist weit vom Idealzustand entfernt: Als politische **und** militärische Allianz beschränkt sie sich fast ausschließlich auf ihr militärisches Instrumentarium, das aber nur so stark sein kann, wie die Mitgliedstaaten es wollen. Schließlich besitzt die NATO keine eigenen Streitkräfte. So schlagen die Defizite der nationalen Armeen auf die Allianz als Ganzes voll durch. Vor allem die Europäer müssen mehr leisten, um die Fähigkeitslücke zu den US-Streitkräften nicht zu groß werden zu lassen. Die NATO benötigt daher vor allem eine umfassende politische Reform.

Kurzfristig müssen die veralteten Entscheidungsstrukturen der NATO (Komitees) gestrafft und das Konsens- durch ein Mehrheitsprinzip ersetzt werden. Die Optimierung der Nachrichtengewinnung und die weitgehende Abschaffung nationaler Einsatzvorbehalte sind unverzichtbar. Mittelfristig muss das strategische Konzept unter Einbeziehung militärischer und nicht-militärischer Mittel revidiert werden. Langfristig sollte die NATO flexible, verlege- und durchhaltefähige Streitkräfte aufbauen, die auch der EU zur Verfügung stehen, sowie allmählich eine globale Rolle anvisieren, allerdings erst dann, wenn dazu der politische Wille besteht. Dies ist derzeit nicht der Fall. Vor allem Europa muss mit einer Stimme sprechen und bereit sein, seine Streitkräfte im gesamten Einsatzspektrum bis hin zu Kampfeinsätzen einzusetzen, um die USA vor allem bei Schwachstellen komplementär unterstützen zu können.

In der NATO tragen die USA als anerkannte politische Führungsmacht die Hauptlast, in der EU sind sie kein Mitglied, so dass sich hier die Probleme der NATO potenzieren. Der einzige Ausweg aus dieser verfahrenen Situation besteht in einer engeren Kooperation von NATO und EU und in einer Prioritätensetzung beider Organisationen – die NATO für Sicherheitspolitik, die EU für Wirtschaftspolitik. Darüber hinaus könnte die EU, basierend auf einem ‚Berlin Plus Plus-Abkommen‘, die NATO gezielt unterstützen, z.B. mit Polizei oder nicht-militärischen Anteilen. Alle Versuche, Europa eine militärische Identität zu geben, sind angesichts teilweise diametral divergierender Ziele der EU-Mitgliedstaaten gescheitert. Alle Kapazitäten, die in ‚Battle Groups‘ investiert werden, bedeuten eine Schwächung der NATO. Statt einer Verzettelung aber brauchen wir eine Konzentration unserer Fähigkeiten – in einer starken NATO!

Dabei plädiere ich keinesfalls für eine Vasallenrolle Europas in der NATO, bei der wir den USA unkritisch ‚hinterherlaufen‘. Vielmehr ist ein selbstbewusstes Europa gefordert, das eigene Impulse für die sicherheitspolitische Agenda setzt und seine Sicherheit aktiv mitgestaltet. Nur ein entschlossenes Europa werden die USA auf Dauer als gleichberechtigten Partner akzeptieren. Wer dies will, muss aber zu finanziellen Investitionen bereit sein – Investitionen in die gemeinsame Sicherheit, nicht für nationalstaatliche Prestigeprojekte. Kooperation statt Konkurrenz ist das Motto, das für mich alternativlos ist. Nationale Alleingänge sind nicht das geeignete Rezept, um Sicherheit zu produzieren; vielmehr sind Kooperation und gemeinsames Handeln gefragt.

Dies ist eine gewaltige Herausforderung für die westliche Wertegemeinschaft; insbesondere in Zeiten, in denen die Verunsicherung der Menschen durch die sozialen Folgen der Globalisierung auf die individuelle Ebene durchschlägt. Ängste um ihre persönliche Zukunft stehen den Menschen verständlicherweise näher als islamistischer Terror in Afghanistan. Die Politik muss den Bevölkerungen verdeutlichen, dass unsere Sicherheit auch von der erfolgreichen Bekämpfung des Terrors fernab von Europa abhängt. Die Lunte muss am Entstehungsort ausgetreten werden, bevor sie bei uns – angefacht von finanzkräftigen Terroristen, Fundamentalisten, Drogenbaronen und Kriminellen – erst richtig zu brennen beginnt.

Wie soll die neue Sicherheitsarchitektur aussehen?

Die NATO sollte das Herzstück einer neuen Sicherheitsarchitektur sein. Dazu ist eine umfassende Transformation erforderlich mit

- leistungsfähigen Kommandostäben zur Führung taktischer, operativer und strategischer militärischer Operationen,
- klareren und vor allem schnelleren Entscheidungsstrukturen,
- einer militärischen Durchhaltefähigkeit über weite Distanzen hinweg,
- modernen Kapazitäten und Fähigkeiten für das gesamte Einsatzspektrum,
- einer gemeinsamen Rüstungsbeschaffung,
- möglichst wenigen nationalen Einsatzbeschränkungen (‚caveats‘),
- einem neuen strategischen Konzept für die neuen Herausforderungen,
- einer stärkeren Betonung nicht-militärischer Fähigkeiten,
- einer Optimierung der Beiträge der neuen Mitgliedstaaten,
- einer engeren Kooperation mit der EU, die sich in Zukunft auf ihre bewährten politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Rollen konzentrieren sollte,
- einer langfristig globalen Rolle, die Kooperationen mit Ländern wie Australien oder Japan im gemeinsamen Sicherheitsinteresse vorsehen sollte.

Die stringente Fokussierung der NATO auf die europäisch-amerikanische Achse bedarf der regionalen Erweiterung. Sie muss aber gewollt sein, wenn man die Kräfte der Allianz nicht überdehnen will. Erweiterung darf aber nicht mit dem Beitritt enden. Das heißt konkret, dass die NATO die neuen Mitgliedstaaten auch in die Lage versetzen muss, ihre Fähigkeiten zu optimieren und effizient in die Allianz einzubringen. Mitgliedschaft ist keine Einbahnstrasse – sie gewährt nicht nur Rechte in Form von Sicherheit, sondern verlangt von jedem Mitglied auch mehr Pflichten durch Beiträge und Solidarität. Damit ist nicht gemeint, dass grundsätzlich alle Mitgliedstaaten der NATO einer militärischen Operation beitreten müssen. Vielmehr müssen die nationalen Parlamente auch zukünftig die ‚letzte Entscheidungsinstanz‘ bleiben, da sie ihren Bevölkerungen gegenüber zur Rechenschaft verpflichtet sind. Die Zeit für nationale Egoismen aber ist vorbei. Wer Solidarität beansprucht, muss sie auch selbst üben!

Europa muss sich fragen, ob es dazu bereit ist. Vor allem psychologisch wirken die neuen Herausforderungen eher paralyisierend als beflügelnd. Nicht nur ihre Gesellschaften, auch Teile der Politik, verweigern sich beharrlich der Akzeptanz neuer Bedrohungen. Die jede Realität verweigernde Haltung ‚das kann uns nicht passieren‘ ist in Deutschland verbreitet und negiert die zu ziehenden Konsequenzen. Denn effiziente Produktion von Sicherheit für unsere Energiequellen, Wirtschafts- und Versorgungswege und letztlich für unsere Bevölkerungen verlangt nach

- einer Stärkung der unharmonischen europäischen Rüstungsindustrie,
- der Steigerung nationaler Verteidigungsbudgets,
- einer stärker sicherheitspolitischen Ausrichtung der Politik der Mitgliedstaaten,
- dem Aufbau substanzieller militärischer Fähigkeiten, sowie
- der Etablierung funktionierender, neu zugeschnittener Befehlsstrukturen,
- der Bereitschaft zur Anwendung militärischer Mittel als ‚ultima ratio‘.

Ich rede nicht einer militärisch dominierten Politik das Wort. Aber wir Politiker müssen den Menschen klarmachen, dass ohne Sicherheit jede weitere Politik erfolglos bleiben muss. Sicherheit ist das (teure) Fundament, auf dem Wirtschaft und Sozialstaat erst gedeihen können. Eine solche Politik verlangt Ehrlichkeit und vor allem Mut – Mut, der in vielen europäischen Staaten allerdings derzeit nicht erkennbar ist.

Europas Schicksal entscheidet sich – wie so oft in der Vergangenheit – in erster Linie im Mittelmeer. Deshalb muss Europa mehr tun, um die nordafrikanische Gegenküste zu befrieden und die Migration einzudämmen. Dazu müssen die Mitgliedstaaten der EU und der neuen Mittelmeerunion aber bereit sein, sich vom nationalstaatlichen Denken zu emanzipieren und eine ideologiefreie, pragmatische Politik zu gestalten. Ansonsten drohen weitere Pleiten – wie der gescheiterte „Pralinengipfel“ vom April 2003, als Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg den untauglichen Versuch wagten, eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion zu gründen.

Russland ist stärker einzubinden

Auch Russland ist stärker als bisher einzubeziehen. Europas Sicherheit ohne Russland gestalten zu wollen, wird auf Dauer nicht funktionieren. In den letzten Jahren ist das gegenseitige Misstrauen eher gewachsen als verringert worden. Durch den Einmarsch der russischen Truppen in Georgien im August 2008 haben sich die Ressentiments noch verschärft. Die Angst vor einem neo-imperialistisch auftretenden Russland ist vor allem bei seinen Nachbarn gestiegen. Doch Konfrontation ist ein ebenso wenig erfolgversprechender Weg wie das Einfrieren von Dialogforen – wie dem NATO-Russland-Rat. Gerade Deutschland kann bei der Heranführung Moskaus an europäische Sicherheitsstrukturen eine wesentliche Rolle spielen.

Wie kann Deutschlands Beitrag aussehen?

Deutschland trägt bei der Konsolidierung Europas eine große Verantwortung. Als ökonomisch potenter und sicherheitspolitisch verlässlicher Motor im Herzen Europas besitzt es Vorbildfunktion für seine Nachbarstaaten. Es ist daher mehr als eine symbolische Geste, dass Deutschland seit Juli 2008 die Führung der ‚Quick Reaction Force‘ in Afghanistan von Norwegen übernommen hat. Auf diese Weise stellt sich Berlin als drittgrößter Truppensteller seiner Aufgabe für den Frieden. Diejenigen, die in einmütiger Monotonie einen stärkeren Einsatz der Bundeswehr in Südafghanistan reklamieren, übersehen, dass Deutschland als erstes Land Verantwortung für eine Region – den Norden – übernommen hat, und das in Übereinstimmung mit seinen Partnern. Was damals offenbar richtig war, kann heute nicht völlig falsch sein!

Und wer glaubt, dass der Norden in punkto Gefährlichkeit mit dem Süden nicht vergleichbar ist, hat dafür sicher gute Argumente, übersieht aber, dass der Norden zur Zeit der sowjetischen Besatzung und während des Bürgerkrieges immer eine Hochburg der Taliban war. Die Bundeswehr agiert keinesfalls im friedlichen Umfeld und steht ebenso im Kampfeinsatz wie ihre Partner im Süden. Deutschlands Beitrag in Afghanistan ist ein Solidaritätsbeweis für die internationale Gemeinschaft. Solidarität kann aber auch von Deutschland beansprucht werden. Wir sollten selbstbewusster unsere sicherheitspolitische Rolle auf internationalem Parkett kommunizieren!

Deutschland kann einen wertvollen Beitrag bei der neuen Sicherheitsarchitektur Europas und der Welt leisten, indem es

- **kurzfristig** an der dringend notwendigen Reform der NATO intensiv mitarbeitet und die Bevölkerung im Wettbewerb zwischen dem Erhalt sozialer Standards und den unausweichlichen sowie schmerzhaften Reformen für die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen sensibilisiert,

- **mittelfristig** das Know-how in Schlüsseltechnologien erhält, um die Abwanderung von Expertise zu verhindern, sowie eine weitsichtige politische Strategie entwickelt, die über die Kurzfristigkeit üblicher politischer Programme hinaus das Land für das 21. Jahrhundert sicherheitspolitisch ‚fit macht‘, und
- **langfristig** den Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt signifikant erhöht, um damit auch die Entschlossenheit zu demonstrieren, potentielle Aggressoren von ihrem Tun abzuschrecken, sowie ein ‚Set‘ an politischen und militärischen Maßnahmen mit entsprechenden Fähigkeiten zu unterfüttern, um gegen das ganze Bedrohungsspektrum wirken zu können. Dazu müssen alle Ressourcen des Landes ineinander greifen.

Die deutsche Diplomatie muss ihren Aufgaben gerecht werden. Doch ungeachtet aller nationalen Anstrengungen ist klar: Nur mit kampfkraftigen, entschlossenen Allianzen können wir den Herausforderungen der Zukunft wirkungsvoll begegnen.

Sind wir dazu nicht bereit, werden wir auf Dauer weder unseren Wohlstand noch unsere Sicherheitsstandards halten können. Es steht viel auf dem Spiel für Europa – packen wir es endlich an. Es wurde schon zu viel Zeit vergeudet!